Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Bettina Granitzki

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6677

Fax (0202)

E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de

Antrag

Datum 23.03.2006

Drucks. Nr. VO/0346/06
öffentlich

Zur Sitzung am
29.03.2006
03.04.2006

Gremium
Hauptausschuss
Rat der Stadt Wuppertal

Resolution zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen
Antrag der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 23. März 2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung auf, an der geltenden Rechtslage für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen fest zu halten.

Begründung:

In der von der FDP initiierten Gesetzesänderung sollen die Kommunen nur noch in Ausnahmefällen, wenn ein "dringender öffentlicher Zweck" zugrunde liegt, wirtschaftlich tätig werden. Die Betätigung soll nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur der Leistungsfähigkeit der Gemeinde stehen und die Kommune muss ihre Leistungen nachweislich besser und wirtschaftlicher erbringen als private Unternehmen.

Der Rat der Stadt Wuppertal wendet sich entschieden gegen die Liberalisierung des §107 der Gemeindeordnung NRW, der die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und ihrer unternehmerischen Töchter regelt.

Die geltenden Regelungen haben sich bewährt. Sie berücksichtigen sowohl die Interessen der EinwohnerInnen als auch die des Mittelstandes, des Handwerks sowie die der Kommunen.

Im Verständnis der Landesregierung sollen Kommunen nur noch für die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge ihrer EinwohnerInnen zuständig sein. Die öffentliche Daseinsvorsorge geht aber über die Müll- und Abwasserentsorgung und den öffentlichen Personennahverkehr hinaus.

Der bisher ausgehandelte Kompromiss, der nur für kommunale Neugründungen gelten soll, ist weiterhin ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung und darum vom Rat der Stadt abzulehnen.

Auch wenn die geplante Gesetzesänderung Bestandsschutz für bestehende Kommunalunternehmen beinhaltet, wären die Folgen für die Städte und Gemeinden katastrophal. Wie der Städte- und Gemeindebund dargestellt hat, müssten die Kommunen selbst bei Energie- und Wasserversorgung, ÖPNV usw. in jedem Einzelfall nachweisen, dass sie zu einer besseren und wirtschaftlicheren Aufgabenerfüllung in der Lage sind. Ein absoluter Vorrang privater Dritter wäre die Konsequenz. Dies hieße Privatisierung um jeden Preis.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender